

CDU FORDERT: MEHR LEBENSMITTEL ERZEUGEN. PREISE STABIL HALTEN.

CDU

Der Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine treibt die Lebensmittelpreise immer weiter in die Höhe. Denn viele Länder wurden aus der Ukraine beliefert. Unsere Versorgung ist gesichert, aber in Nordafrika und Teilen Asiens droht eine Hungersnot. Im April 2022 mussten die Verbraucher über 8,5 Prozent mehr für Lebensmittel ausgeben als im Vorjahr. Die Preise von Eiern, Butter und Kartoffeln sind um knapp 20 Prozent gestiegen, die von Speiseöl sogar um 30 Prozent.

Bundesregierung verhindert Lösungen

Die Bundesregierung hat zur Frühjahrssaat 2022 die Nutzung von Brachflächen zum Anbau von Nahrungsmitteln verhindert. Sie hat keinen Antrag bei der EU zu einer solchen Nutzung der ökologischen Vorrangflächen gestellt. Damit hat sich Deutschland in der EU isoliert. Stattdessen wirbt die Bundesregierung für weniger Tierbestände. Viele landwirtschaftliche Familienbetriebe wären gefährdet. Wiesen und Weiden könnten nicht mehr genutzt werden. Die Fleischerzeugung würde sich ins Ausland verlagern.

CDU: Nachhaltig mehr Lebensmittel erzeugen

Wir brauchen echte Lösungen und keine Ideologie. Deutschland und Europa müssen mit ihrer starken Landwirtschaft zur Verhinderung von Hungersnöten beitragen. Wir müssen bezahlbare Lebensmittel bei uns erzeugen. Gesunde Ernährung darf keine Frage des Geldbeutels werden. Deshalb fordert die CDU:

- Die Verpflichtung zur Stilllegung von vier Prozent der Ackerflächen soll ab 2023 ausgesetzt werden, bis die Krise vorbei ist. Damit könnte auf rund 350 000 Hektar landwirtschaftlicher Fläche mehr angebaut werden, zum Beispiel rund zwei Millionen Tonnen Weizen. Damit könnte man Berlin, Hamburg und Köln ein ganzes Jahr ernähren.
- Lebensmittel sollen mit modernen Mitteln umweltfreundlicher werden. Dazu zählen neue Technologien wie Digitalisierung zur zielgenauen und sparsamen Ausbringung von Dünger und Pflanzenschutzmitteln. Und dazu zählen moderne Züchtungsmethoden für widerstandsfähige und ertragreiche Pflanzen.
- Wir müssen unsere landwirtschaftlichen Betriebe stabilisieren – durch gezielte Unterstützung und spürbare Entlastungen. Hierzu zählt die Rücknahme der Kürzung von Zuschüssen zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung.